

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wierteljährlicher Abonnementpreis 4,75 RM.;
bei freier Bestellung durch den Besteller
im Voraus 10 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Redaktion und Verlags-Gesellschaft
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(1914-1916)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 231/232.

Anzeigen pro Zeile:
Erstausgabe 25 Pf., Familienkreis 15 Pf.
Fortsetzung 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 231/232.
Fernsprecher: Amt Alexander, Nr. 4720.

Nr. 19/20.

Berlin, Sonnabend, 4. März 1916.

Abtundvierzigster Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis:

Die Arbeitskämpfe in Deutschland während des ersten Kriegsjahres. — Die innere Kolonisation. — Gegen die Tabakbesteuerung. — Allgemeine Rundschau. — Nützlicher Teil. — Aus dem Verbands. — Anzeigen.

Die Arbeitskämpfe in Deutschland während des ersten Kriegsjahres.

Die kürzlich an dieser Stelle veröffentlichte Gegenüberstellung der Arbeitskämpfe in Deutschland und England, soweit sie in das erste Kriegsjahr fallen, ließ mit aller Deutlichkeit erkennen, wie viel mehr die deutschen Arbeiter sich ihrer Pflichten gegenüber dem Vaterlande bewußt sind als die englischen. Diese Tatsache findet man noch bekräftigt, wenn man in einzelnen die Ziffern betrachtet, die uns die jetzt vorliegende amtliche Statistik im „Reichsarbeitsblatt“ über die Arbeitskämpfe im Deutschen Reich bringt. Danach isten in der Zeit vom 1. August 1914 bis 31. Juli 1915 im ganzen 111 Kämpfe dem jährlichen Durchschnitt der letzten fünf Friedensjahre mit 2595 Arbeitskämpfen gegenüber, sie machen also nur 4,3 v. H. dieser Durchschnittszahl aus. Noch mehr tritt der geringe Umfang der Streiks in Erdbebauung, wenn man die Zahl der Streikenden und Ausgeperrten betrachtet: Die 10371 Streikenden und Ausgeperrten (9176 Streikende und 1198 Ausgeperrte) im ersten Kriegsjahr betragen nur 3,2 v. H. der Durchschnittszahl von 327 593 Streikenden und Ausgeperrten der letzten fünf Friedensjahre.

Unter den an sich geringen Zahlen des ersten Kriegsjahres weist von den einzelnen Gewerbegruppen die des Bergbaues verhältnismäßig die meisten streikenden Personen auf, nämlich 3379; aber auch diese machen nur 4,9 v. H. der jährlichen Durchschnittszahl der Streikenden und Ausgeperrten dieser Gruppe in den letzten fünf Jahren vor dem Kriege (69 331) aus.

Die Arbeitskämpfe im Kriege unterscheiden sich aber besonders noch durch ihre verhältnismäßig kurze Dauer von denen im Frieden. So beträgt die durchschnittliche Dauer dieser Kriegsstreiks und Ausperrungen nur 5,27 Tage. Im einzelnen dauerten 39 der Arbeitskämpfe nur einen Tag oder weniger, 17 bis zu zwei Tagen, 15 bis zu drei Tagen, neun dauerten vier Tage, ebenfalls neun fünf Tage, fünf sechs Tage, einer sieben Tage, zwei acht Tage, einer zehn Tage, zehn Arbeitskämpfe zwischen 11 und 20 Tagen, vier 21 bis 30 Tage, einer (ein Streik von Erdarbeitern bei einem Stalbau) 37 Tage; die längste Dauer mit 69 Tagen wies ein Streik von Erdarbeitern bei einer Tiefbauunternehmung in Guxhaven auf, der durch Erlass der Streikenden durch andere Arbeiter beendet wurde.

Wenn man zur Schätzung des Umfanges der Arbeitsstreikfertigkeit die Zahl der Tage ihrer Dauer und die Zahl der am Streik beteiligten Arbeiter miteinander multipliziert, so ergeben sich für die 114 Arbeitskämpfe im Kriege 36 576 rechnerische Streik- und Ausperrungstage, so daß auf eine streikende bzw. ausgeperrte Person nur 3,53 Kampftage kommen, während die Durchschnittszahl der Kampftage, auf den einzelnen Streikenden oder Ausgeperrten berechnet, im letzten Jahrzehnt von 1909 bis 1913 34,16 Tage betrug.

Von ganzen betrug also im ersten Kriegsjahr die rechnerische Zahl der verlorenen Arbeitstage 36 576, d. h. also 0,3 v. H. des Jahresdurchschnitts von 11 190 494 im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege.

Dah es sich bei diesen Kämpfen im Kriege nicht um größere zusammenhängende Bewegungen handelte, sondern um vereinzelte Fälle, ergibt sich sowohl aus der Tatsache, daß es sich in den meisten Fällen nur um einen Betrieb handelte, wie auch aus der verhältnismäßig geringen Mitwirkung der Gewerksvereine.

Von den 114 Fällen von Streiks und Ausperrungen war in 103 Fällen nur ein Betrieb betroffen. Sechs Streiks hatten je zwei Betriebe, ein Streik drei Betriebe, eine Ausperrung vier Betriebe, ein Streik sechs, ein anderer sieben und ein Streik (in Hamburger Kohlenhandlungen) 18 Betriebe ergriffen.

Während im Durchschnitt des letzten Jahrzehnts 75,9 v. H. aller Streiks von Berufsvereinigungen der Arbeiter veranlaßt oder unterstützt worden sind, war dies unter den 111 Kriegsstreiks nur bei 21 (= 18,9 v. H.) der Fall. Während von den Ausperrungen des letzten Jahrzehnts 70,1 v. H. von Arbeitgeberverbänden unterstützt waren, ist von den drei Ausperrungen nur eine in dieser Weise unterstützt worden.

Nur in wenigen Fällen — 21 — handelt es sich um die Arbeitszeit, meist um Fragen des Arbeitslohns.

Was den Erfolg anlangt, so hatten die Arbeiter unter den 114 Arbeitskämpfen in dreizehnanzig Streiks oder Ausperrungen (= 20,2 v. H.), welche 2320 Arbeiter (= 22,4 v. H. aller) umfassen, vollen, in einunddreißig Fällen (= 27,2 v. H.), bei denen 4943 (= 47,6 v. H. aller) Arbeiter beteiligt waren, teilweisen, und in 60 Fällen (= 52,6 v. H.), bei denen 3111 Arbeiter (= 30,0 v. H. aller) beteiligt waren, keinen Erfolg.

Vergleichsweise hatten in dem letzten Jahrzehnt von 1909 bis 1913 die Arbeiter bei 15,7 v. H. der Arbeitskämpfe, welche 6,8 v. H. aller Arbeiter umfassen, vollen, bei 48,0 v. H. der Arbeitskämpfe mit 50,7 v. H. aller Arbeiter teilweisen und bei 36,3 v. H. der Arbeitskämpfe mit 42,5 v. H. der Arbeiter keinen Erfolg.

Von den 114 Arbeitskämpfen wurden 60 durch Bergarbeiterverbände verhandlungen bedingt; bei 38 Arbeitskämpfen erfolgten die Vergleichsverhandlungen unmittelbar zwischen den Parteien, bei einem Arbeitskämpfe vor dem Gewerbegerichte, bei 22 Arbeitskämpfen gingen die Vermittlungen von dritter Seite aus, und bei vier Arbeitskämpfen geschah die Vermittlung sowohl zwischen den Parteien als auch von dritter Seite aus.

Die innere Kolonisation

müß durch die Erfahrungen, die wir in diesem Kriege gemacht haben, genavt gefördert werden. Die Notwendigkeit, die unbenutzten Flächen brach liegenden Geländes für die Ernährung nutzbar zu machen, konnte niemals besser erwiesen werden. Wenn auch zugegeben werden soll, daß der Gedanke der inneren Kolonisation in den letzten Jahren erheblich an Boden gewonnen hat, so will es uns doch scheinen, als ob man an seine Verwirklichung zu zaghaft und zögernd herangeht. Der Krieg als Lehrmeister wird öffentlich Abhilfe schaffen. Wo mit der Arbeit eingekiegt werden muß, und zwar möglichst bald, das zeigen folgende Zahlen in der „Zeitschrift für Sozialwissenschaft“:

„Der meista größte Teil der deutschen Moore entfällt auf das Königreich Preußen. Moore vornehmlicher Ausdehnung finden sich namentlich in der Provinz Hannover und in Oldenburg. In den größeren Mooren zählen dort das Pörschinger Moor längs der holländischen Grenze, die Moore des Saterlandes rechts

der Ems, das große Hochmoor in Aurich, das Fehnenmoor im südlichen Oldenburg, das Teufelsmoor bei Bremen zwischen Eise und Wefer und das Kedingen Moor südlich der Eise. Auch Schleswig-Holstein ist reich an Mooren, von denen das Reimoor bei Rendsburg, das Breitenburger Moor bei Itzehoe und das Langerstedter Moor nördlich von Hamburg zu erwähnen sind. Moorreiche Provinzen sind in Preußen dann noch Pommern, Brandenburg, Ostpreußen und Posen. In den wichtigsten Mooren in Pommern gehört das Randow-Moor westlich von Stettin, das große Torfmoor bei Cammin und das Vehmooor im östlichen Ostpreußen. Die ausgedehnten Moorflächen Ostpreußens liegen im Remelsda (Aurimmoor). In Brandenburg sind namentlich das Dabelland und der Spreewald reich an Mooren. Weitere Moorniederungen besitzt die Provinz Posen im Neber, Barthe, Obra- und Partschbura.

Dann ist noch ganz im Westen das Moorgebiet der hohen Benu zu nennen. Absehe von dem Pfälzischen Moor bei Landstuhl (Landstuhl Bruch), liegen die größten Moore Süddeutschlands in Oberbayern. Die wichtigsten sind das Donau- und das Reuburg- und das Tachauer und das Erdinger Moor bei München und das Chiemsee-Moor nördlich und südlich des Chiemsees. Die Gesamtfläche dieser wichtigsten Moore schätzt man auf etwa 25 Millionen Hektar oder 4,5 Prozent der gesamten Bodenfläche. Davon entfallen auf Preußen 2,2 Millionen Hektar, auf Bayern etwa 1,45 Millionen Hektar und auf Oldenburg etwa 100 000 Hektar. Von den preussischen Provinzen verfallt Hannover über die bedeutendste Moorfläche, nämlich 502 000 Hektar. Die bis jetzt vorliegenden Zahlen einer Bodenbewirtschaftungsstatistik für Ostpreußen ergeben, wie gesagt, keinen Überblick über die Ausdehnung des zum Anbau geeigneten Geländes. Eine vom preussischen Landwirtschaftsministerium ausgearbeitete Denkschrift über Moorkultur und Moorhebung von 1912 gibt um bestenwillen kein vollständiges Bild, weil es die Flächen unter 50 Hektar unberücksichtigt läßt. Nach der letzten Reichsstatistik sind bei der gesamten landwirtschaftlichen Fläche von 31,8 Millionen Hektar vorhanden: 3,59 Millionen Hektar geringe Weide und Güttera, Oed- und Unland, Haus- und Hofraum. Diese Zahlen lassen es dahingehend, wieviel von den 3,59 Millionen Hektar unbenutzt daliegt. Die neueste preussische Statistik von 1913 ergibt, daß in Preußen an Viehwiesen und Güttern rund 1 951 000 Hektar, an Moorflächen 334 000 Hektar, an sonstigem Oed- und Unland 1 197 000 Hektar, im ganzen rund 3 481 000 Hektar, das heißt etwa 10 Prozent von der Gesamtfläche des Staates, dem Anbau nicht unterliegen. Bei Beginn des Krieges ist wiederholt eine sachgemäße Geländeaufnahme für das ganze Deutsche Reich gefordert worden; bis zu ihrer Fertigstellung dürfte aber noch geraume Zeit vergehen.

Als trisch aus Wert! Jedes Jahr bedeutet einen Gewinn. Die zahlreichen Kriegsaktionen, die zu dieser Arbeit geeignet sind, können dem Vaterlande nützen.

Gegen die Tabakbesteuerung.

Am 20. Februar taete in Frankfurt a. M. eine Konferenz von Vertretern des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, des Zentralrates des christlichen Tabakarbeiter und des Gewerksvereins der Deutschen Raucher und Tabakarbeiter (G.D.), die nach längerer Ausdauer folgende Kundgebung einmütig annahm:

Obwohl seit längerer Zeit Gerüchte einer stärkeren Heranziehung der Tabakindustrie zu den Reichseinnahmen laut wurden, glaubten die Deutschen Tabakarbeiter und Arbeiterinnen, die Bundesregierungen würden sich scheuen, einer Industrie, die bereits so außerordentlich hoch belastet ist, weitere Opfer aufzulegen. Wenn auch der Krieg an die Finanzwirtschaft des Reiches ungeheure Anforderungen gestellt hat und weiter noch stellen wird, so kann es nicht Aufgabe der Regierung und Gesetzgebung sein, die erhebenden Völkern einseitig zu verteilten. Gerade ist nur die gleichmäßige Verteilung der Lasten auf alle Volksschichten nach Einkommen und Vermögen. Wenn die Regierung beschließt, was leider nicht

mehr zu zweifeln ist, der Tabakindustrie eine weitere Relativierung von mehreren Hundert Millionen aufzubringen, so bedeutet das in Anbetracht der hohen Summen, welche die Tabakindustrie bereits zu leisten hat, eine starke Lähmung dieser Industrie, von der sie sich kaum jemals wieder erholen kann. Noch heute, im Jahre 1918, hat sich insbesondere die Zigarettenindustrie von der im Jahre 1900 beschlossenen Wertsteuer nicht erholt. Die Regierung mag annehmen, wie bei früheren Belastungen auch, daß die kommende Belastung von den Konsumenten getragen wird; das trifft jedoch nicht vollständig zu, insbesondere nicht für die Zeit des Überganges. Nicht nur, daß die Tabakindustrie zur Finanzierung größerer Kapitalien gezwungen ist, deren Verzinsung gleichfalls herausgewirtschaftet werden muß, wird sie, wie bei anderen Steuermaßnahmen die Erfahrung gelehrt hat, zahlreiche mittlere und kleine Existenzen vernichten. Vor allem aber werden es die Arbeiter und Arbeiterinnen der Tabakindustrie sein, wie früher auch, die in seinem Bedürfnis getarnt werden. Dabei ist die Arbeitslosigkeit der Tabakindustrie die schärfste geteilt unter der deutschen Arbeiterschaft überhaupt. Noch bis unmittelbar vor dem Kriege, also in ruhiger Zeit, hat die deutsche Arbeiterschaft mit harter Arbeitslosigkeit zu kämpfen gehabt, und ihre Organisationskämpfe haben erhebliche Summen für Arbeitslosenunterstützung als vor 1909, im ganzen und pro Kopf ausgeben müssen.

In der Tabakindustrie ist der Arbeiter, hauptsächlich infolge der harten feuerlichen Belastung, ihre niedrigen Arbeitslöhne, so wie es andere Arbeitergruppen vermögen, aufzubessern. Eine erweiterte Belastung wird nicht nur die Arbeitslosigkeit verzeichnen, die Entlassungen werden, wenn die Belastung, wie in der Presse angekündigt, mehrere Hundert Millionen betragen soll, auf Tausenden erfolgen. Das kann die Tabakarbeiterschaft mit dem besten Willen nicht ertragen. Einzu kommt, daß eine weitere Folge die Verlegung der Betriebe nach abgelegenen Dörfern sein wird, so daß ganze Ortschaften, in denen jetzt die Tabakindustrie fast vertreten ist, scheinbar geschädigt werden, wie auch außerdem noch die in der Tabakindustrie fast verbreitete Heimarbeit zum Schaden der Volksgesundheit noch weiter verbreitet wird.

Nicht unberücksichtigt zu lassen ist, daß nach Beendigung des Krieges der Tabakindustrie und vor allem ihrer Arbeiterschaft schwere Zeiten bevorstehen. Der Krieg und die damit verbundenen Vorratserlösnisse haben zwar eine verhältnismäßig günstige Konjunktur geschaffen, doch darf trotzdem behauptet werden, daß sich selbst jetzt die Tabakindustrie in recht unsicheren Verhältnissen befindet. Nach dem Kriege wird ohne Zweifel der Konsum an Tabakfabrikaten, schon mit Rücksicht auf die noch anhaltenden hohen Lebensmittelpreise, eine erhebliche Einschränkung erfahren, so daß auch ohne Steuererhöhung ein starker Rückschlag eintreten wird, dessen erste Folgen Arbeiterentlassungen sein müssen. Dabei kommt in Betracht, daß während der Kriegszeit viele Tausende Arbeiterinnen, vor allem aus der Weinindustrie, neu angeworben worden sind, außerdem lehren Jahrtausende Tabakarbeiter aus dem Geesendienst zurück. Drückt dann noch eine solche ungewisse Steuererhöhung, wie sie geplant ist, auf den Konsum und damit auf die Tabakindustrie, so läßt sich ersehen, wie groß das Elend ist, das den Tabakarbeitern in Aussicht steht. Nicht unerheblich ist, daß die Tabakarbeiterschaft als Staatsbürger sowieso zu den Reichen, die der Krieg bringt, herangezogen werden, also demnach doppelt und viel schwerer als alle übrigen Staatsbürger unter den Folgen des Krieges leiden sollen.

Aus allen diesen Erwägungen heraus weiß sich die heutige Konferenz einmütig mit der gesamten deutschen Arbeiterschaft, wenn sie gegen jede weitere Belastung der deutschen Tabakindustrie den ernstesten Protest erhebt und an Regierung und Reichstag das Eruchen stellt, von jeder weiteren Belastung der Tabakindustrie abzusehen.

Sollten sich dennoch Regierung und Reichstag zu einer weiteren Belastung der Tabakindustrie entschließen, so setzt die deutsche Arbeiterschaft voraus, daß eine Form gewählt wird, welche am wenigsten geeignet ist, die Industrie, insbesondere die Arbeiterschaft, zu schädigen; als solche kann die schamlose Erhöhung der Umsatzsteuer, des Zolles, der Wertsteuer, wie auch die Einführung der „Kriegsmarke“ für Zigaretten nicht angesehen werden.

Die deutsche Arbeiterschaft setzt weiter voraus, daß Regierung und Reichstag die durch eine etwaige weitere Belastung der Tabakindustrie arbeitslos werdenden und in Not geratenen Tabakarbeiter und -arbeiterinnen entschädigen werden, wie sie auch andern durch den Krieg geschädigten Teilen der Bevölkerung ihre Fürsorge zugewandt haben.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 8. März 1918.

In der Bestrafsatzung am 25. Februar bestätigte der Vorstehende, Kollege Hartmann, zunächst den neuen Vertreter des Gewerkschafts der Solzarbeiter, Kollegen Kessel, und den in Urlaub befindlichen Verbandssekretär Neustädter. Den Kassierbericht für das IV. Quartal 1915 erstattete der Verbandsrevisor Westendorff. Bücher und Kasse sind in absoluter bester Ordnung vorgefunden worden. Den Verbandsbeamten wurde mit Rücksicht auf die Leuzenungsverhältnisse eine monatliche Zulage von 15 Mk. einstim-

mig bewilligt. Sodann wurde in die Veratung der Vorarbeiten für den Verbandskongress beschlossen, als besonderes Thema die Frauenarbeit in der Industrie und in der Heimarbeit auf die Tagesordnung zu setzen. Ferner soll zu den aktuellen sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen besonders Stellung genommen werden. Die weiteren Vorarbeiten wurden dem geschäftsführenden Ausführenden übertragen. Im Anluß daran berichteten die Kollegen Strauß und Jordan auf Grund ihrer praktischen Erfahrungen als Mitglieder der Preisprüfungsstelle und des Kriegsausschusses für Konsuminteressen über die wichtigsten Konsuminteressenfragen und erfüllten dabei ein lehrreiches Bild über die mannigfachen Schwierigkeiten, die der Volksernährung entgegenstehen. Bei dem Bericht aus dem geschäftsführenden Ausführenden erwählte Kollege Levin verschiedene Eingaben, die von der Verbandsleitung abgelehnt worden sind, und Kollege Gleichauf berichtete über eine von der Gesellschaft für soziale Reform veranstaltete Konferenz, die sich in der Hauptstadt mit der Frage des Koalitionsrechts beschäftigt hat. Eine Differenz zwischen dem Gewerkschaftsrat der Fabrik- und Handarbeiter und der Federarbeiter, die zu einer lebhaften Aussprache führte und die Berufstrennung als Ursache hatte, soll möglichst durch eine Aussprache zwischen den Beteiligten beseitigt werden.

Der Gewerbeverein der Deutschen Fabrik- und Handarbeiter hat seinen Jahresbericht für das Jahr 1915 herausgegeben. Die außerordentlich lange Kriegsdauer hat die finanzielle Grundlage des Gewerbevereins nicht erschüttern können. Durch die vorhandenen Reserven konnte er über die statutenmäßigen Bestimmungen hinaus auch die Kriegerverfahren und -widmen unterstützen. Aus dem Bericht ist folgendes zu entnehmen: Die Einnahme der Gewerbevereinstafel betrug zuzüglich des Bestandes vom vorhergehenden Jahre 489 775,60 Mk. (im Vorjahre 543 796,61 Mk.), der eine Ausgabe von 83 328,96 Mk. gegenübersteht. Die Ausgabe setzt sich aus allergrößten Teile aus Unterhaltungen zusammen, die den Mitgliedern und deren Familien zugute kommen. Für Arbeitslosen- und Streikunterstützungen wurden trotzdem durch die neue industrielle Entwicklung und wirtschaftliche Anpassung immer noch 6229,46 Mk. ausgegeben. Für Kriegerverfahren und Kriegswidmen-Unterstützung sind 14 569,60 Mk. gezahlt worden. Das Vermögen der Hauptkasse mit dem Beständen in den Ortsvereinen (ohne Kassenkassen) betrug am Schlusse des Jahres 401 146,61 Mk. gegen 368 579,18 Mk. im Vorjahre. Es hat also um 32 867,46 Mk. zugenommen.

Die Kranken- und Beerdigungskasse hatte einschließlic des Bestandes vom Vorjahre eine Einnahme von 327 117,28 Mk., der eine Ausgabe von 150 747,92 Mk. gegenübersteht. Von letzterer entfallen 117 748,39 Mk. auf Krankenunterstützungen und 10 901 Mk. auf Beerdigungskosten. Es verblieb am Schlusse des Rechnungsjahres ein Bestand von 337 331,92 Mk. Das Gesamtvermögen des Gewerbevereins und der Kranken- und Beerdigungskasse betrug am Schlusse des Jahres 739 791,56 Mk. Es muß anerkannt werden, daß der Gewerbeverein trotz der kriegerischen Verwicklungen und manderlei Schwierigkeiten mit seinen Unterhaltungen ganz außerordentliches geleistet hat. Das kann deshalb die Zahlen von den Mitgliedern einmütig in der Kaitation verwendet werden!

Die Hauptversammlung des Arbeitgeberbundes für das deutsche Baugewerbe, die am 29. Februar in Berlin stattgefunden hat, beschloß sich natürlich in der Hauptstadt mit den Tarifverhandlungen, die bekanntlich ergebnislos verlaufen sind. Die Arbeiter hatten mit Rücksicht auf die herrschende Leuzenung eine Zulage von 15-20 Pfa. pro Stunde verlangt, während die Unternehmer nur ganz geringe Zugeständnisse machen wollten. Die Hauptversammlung des Arbeitgeberbundes hat nun folgenden Beschluß gefaßt und durch die Presse veröffentlicht lassen:

Die Hauptversammlung beschloß, den deutschen Bauarbeitern vom 15. März ab trotz des Darniederliegens des Baugewerbes freiwillig eine Kriegszulage zu den bisherigen Tariflöhnen zu zahlen und zwar in Tariforten bis zu 5000 Einwohnern für die Stunde 4 Pfa., in allen übrigen Tariforten mit neunstündiger Arbeitszeit 6 Pfa. für die Stunde, mit über neunstündiger Sommerarbeitszeit für die Stunde 5 Pfa. Diese Kriegszulagen entsprechen in ihrer Höhe den bei der Verlängerung der Tarifverträge in anderen Gewerben sowie den von staatlichen und städtischen Behörden durchschnittlich gezahlten Teuerungszulagen. Eine Verlängerung des am 31. März d. J. ablaufenden Reichstarifvertrages für das Baugewerbe ist bisher an

den hohen Forderungen der Bauarbeitergewerkschaften gescheitert. In sich diese Verhältnisse, aber zu weiteren Verhandlungen bereit erklärt haben, ersuchen eine Einigung noch nicht völlig ausgeschlossen.

Das bedeutet, daß die Unternehmerorganisation ihren Zugeständnissen bei den ersten Tarifverhandlungen nichts hinzuzufügen will. Die Ausschüsse auf eine Einigung, auf die in obiger Erklärung noch immer gerechnet wird, sind danach sehr schlecht, und die Gefahr einer tariflosen Zeit für das Baugewerbe ist in bedrohliche Höhe gerückt. Auch wir wünschen, daß sich noch ein Weg der Verständigung findet. Dazu aber wäre es erforderlich, daß die Unternehmer mehr Verständnis für die Forderungen der Arbeiter zeigen.

Die Gewährung einer Kinderzulage besaß folgende Eingabe, die von den Vorständen der vier deutschen Bergarbeiterorganisationen gemeinsam dem Gewerbeverbande übermittelt worden ist:

Die ebenfalls unterzeichneten Bergarbeiterverbände erlauben dem Gewerbeverband, zu veranlassen, daß auf den ihm angehörenden Familien ein bescheidenes Posaßmittelmittel eine Kinderzulage gewährt wird. Für die unterbezahlten Arbeiter, die Familienernährer sind, wird ebenfalls um eine entsprechende Zulage gebittet.

Zur Begründung unseres Antrages erlauben wir uns folgendes auszuführen:

Durch die gewaltige Steigerung der Lebensmittelpreise, die ja allgemein bekannt ist, und für die wir daher keine weiteren Belege beibringen zu brauchen, werden gerade die kinderreichen Familien am härtesten getroffen. Wenn werden durch die Teuerungserhältnisse außerordentliche Entbehrungen auferlegt, die durch Gewährung einer Kinderzulage, wesentlich herabgemindert werden können.

Aus diesem Grunde ist ja auch von dem preußischen Bergbauaufsichtsrat für die hiesigen Gruben an der Saar und in Obersachsen ab 1. November 1915 eine Kinderzulage bewilligt worden. Dieselbe beträgt monatlich für das erste Kind 3 Mk., für zwei Kinder 4 Mk. und für jedes weitere Kind 2 Mk. Auch auf den staatlichen Gruben im Ruhrgebiet ist in nächster Zeit die Einführung dieser Kinderzulage zu erwarten, da diesbezügliche Erhebungen im Gange sind.

Schließlich bemerken wir noch, daß auch auf den privaten Gruben Rheinlande und Westfalens in einer Arbeiterauschussung am 21. Februar bekanntgegeben wurde, daß die betreffenden Gruben die Gewährung einer Kinderzulage beabsichtigen. Auch aus anderen Bezirken melden sich die Bergbauingenieur- und Privatbesitzer, daß man den Posaßmitteln eine Kinderzulage gewähren wolle.

Wir gestatten uns daher, den Gewerbeverband ersuchen zu bitten, dahin wirken zu wollen, daß auf den ihm angehörenden Familien ein bescheidenes Posaßmittelmittel eine Kinderzulage nach dem Muster der staatlichen Gruben bezahlt wird.

Was wir wegen der Notlage der kinderreichen Familien ausführen, trifft zum größten Teil auch für die Familien zu, wo das Familienhaupt nicht mehr vorhanden, aber ein anderer Familienangehöriger der Ernährer ist. Wir bitten daher, auch für diese Fälle dieselbe Zulage zu gewähren.

Wir hoffen, daß unsere Eingabe baldigst geprüft und berücksichtigt wird und zeichnen

Mit hochachtungsvollem Gruß!
 Verband der Bergarbeiter Deutschlands,
 Politische Berufsvereinsung der Bergarbeiter,
 Gewerbeverein der Bergarbeiter (S. T.),
 Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands.

Die schlechte wirtschaftliche Lage der Kreditorgane schiedert antwortlich eine Ausschüttung, die uns von einem Mittels unserer Kreditorgane, des Groß-Berlin, zugeteilt ist. Kommt ein Beruf hat unter dem Kriege so schwer gelitten, wie das Kreditorgane. Anfanglich lag es ganz darnieder. Später, als man schon Kriegsmäßig zu denken gelehrt war, hob sich zwar der Konsum der Kreditorgane auch nur wenig, die Konjunktur war aber für die Geschäftlichkeit doch etwas besser, weil infolge der zahlreichen Einziehungen das Angebot an Arbeitskräften geringer wurde. Sehr unglücklich aber wurde die Lage wieder Ende vorigen Jahres durch das Verbot des Bundesrats vom 16. Dezember 1915. Das Publikum mußte wohl über übel sich den neuen Vorschriften anpassen. Die Kreditorgane verloren an Umsatz, und selbst das Weinhandelsgeschäft brachte keine Besserung.

Zur Abhilfe geschah seitens der berufenen Stellen zunächst nichts. Die Arbeitgeber bezahlten die Geschäftsmänner liefen die Gade laufen und taten auch nicht das geringste in ihrem und der Schiffe Interesse. So blieb nichts übrig, als daß letztere selbst zu retten verstanden, was zu retten war. Es war ein Verdienst, das sich der Kreditorgane, des Groß-Berlin, erworb, als er sich dazu entschloß, durch eine Ausschüttung von Kreditorgane, die sich durchaus im Rahmen der bundesrätlichen Vorschriften bewegte, dem Publikum zu zeigen, daß es keineswegs auf Kreditorgane vollständig zu verzichten brauchte, so weit es ihm keine Mittel fehlten. Die Kriegs-

Reichswaren-Ausstellung, die auf diese Weise Ende Januar in Berlin stattfand, hat ihren Eindruck auch nicht verfehlt. Das beweist am besten der zahlreiche Besuch, der ihr beschieden war. Die Aussteller hatten aber auch tatsächlich bewiesen, was trotz der einengenden Beschränkungen zu leisten möglich ist. Geschicklichkeit und Geschmacksfeinheit ihre Erzeugnisse, und es wurde nicht nur gratis geprobt, sondern auch gegessen und gekauft, das es eine Freude war. Am Schluß des bedeutungsvollen Eröffnungstages waren viele Waren ausverkauft, die für den zweiten Tag in reichlicher Fülle wieder ergänet wurden.

Zelbstverständlich war der Zweck der Veranstaltung nicht, die große Menge zu Kurios und Seltensheiten zu verleiten. Das beweist schon die ganze Aufmachung. Es kam vor allen Dingen darauf an, darzutun, daß bei gutem Willen und Verwendung tüchtiger Kräfte das Handwerksgerbe auch in dieser Zeit keineswegs brach zu liegen braucht, und daß die zahlreichen Entlassungen von Gehilfen durchaus unnötig waren. Diese Erkenntnis dürfte durch die Ausstellung in weitem Umfange gestiftet worden sein und wird sich hoffentlich auch noch weiter durchdringen zum Besten des Gewerbes und der in ihm beschäftigten Arbeiter.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat Januar, den 18. Kriegsmonat, weist nach dem Reichsarbeitsblatt keine wesentliche Veränderung des im allgemeinen befriedigenden, vielfach guten und sehr guten Beschäftigungsgrades auf. Die gewöhnlich dem Weihnachtsmont Dezember gegenüber in einer Reihe von Gewerben hervortretende Abminderung macht sich dieses Mal allerdings auch bemerkbar, jedoch in geringerem Maße als in Friedensjahren. Das Wirtschaftsleben zeigt im großen und ganzen mit Ausnahme des Webstoff- und Bekleidungsgerbes wie des Baumaterials eine Steigerung im Vergleich zum gleichen Monat des Vorjahres.

Start beschäftigt waren nach wie vor Bergbau und Hüttenwesen wie die meisten Zweige der Metall- und Maschinenindustrie. Auch die elektrische Industrie und das Holz- und Schnitzstoffgerbe behaupteten im großen ihre Beschäftigungslage. Aus der chemischen Industrie wird teilweise eine Verbesserung des Beschäftigungsgrades berichtet. Dagegen macht sich in einzelnen Zweigen des Nahrungsmittelgerbes wie im Webstoffgerbe ein Rückgang bemerkbar.

Die Nachwirkungen der Krankheitsfälle ergeben für die in Beschäftigung stehenden Mitglieder am 1. Februar dem 1. Januar gegenüber eine Abnahme der männlichen Beschäftigten um 13 194 oder 0,29 v. H., gegenüber einer Verringerung um 1,88 v. H. im Vormonat; bei den weiblichen Beschäftigten ist eine Zunahme um 9057 oder 0,24 v. H. eingetreten im Vergleich zu einer Verringerung um 1,67 v. H. im Vormonat. Die Gesamtzahl der Beschäftigten hat um 4137 oder 0,06 v. H., also ganz unerheblich, abgenommen. Zu berücksichtigen ist bei dem Rückgang der männlichen Beschäftigten, daß der Umfang der Kriegsanfangenerkrankter, der nicht unbedeutlich ist und wohl immer noch zunimmt, in den Ergebnissen der Krankheitsstatistik nicht zur Errechnung kommt.

Von 838 845 Mitglidern, über welche von 37 Fachverbänden berichtet worden ist, waren 21 498 oder 2,6 v. H. arbeitslos. Im Vormonat war über 851 408 Mitglidern berichtet und eine Zahl von 20 666 Arbeitslosen oder 2,6 v. H. festgestellt worden. Der Anteil der Beschäftigungslosen ist dem Dezember gegenüber also nicht so gering, wie dies in anderen Jahren zu erkennen pflegt. Im Januar 1915 hatte die Arbeitslosigkeit noch 6,5 v. H. betragen. Auch im gleichen Monat des letzten Friedensjahres, im Januar 1914, stellte sich die Arbeitslosenziffer auf 4,7 v. H., also beträchtlich höher als im Berichtsmont.

Die Statistik der Arbeitsnachweise zeigt für den Berichtsmont gegenüber dem Vormonat bei den Männern eine Abnahme, bei den Frauen eine Steigerung des Andranges. Es entfallen nämlich im Berichtsmont auf 100 offene Stellen bei den Männern 84 gegenüber 90 Arbeit nachsuchenden im Monat Dezember 1915; bei den Frauen kamen auf 100 offene Stellen im Dezember 1915 151 Arbeitsgäule, im Berichtsmont 163.

Die Berichte der Arbeitsnachweiseverbände lassen für Pommern, Schlesien, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Weisen wie Weisen-Rassau und Würt-

temberg keine wesentlichen Veränderungen des Arbeitsmarktes erkennen. In Hamburg gilt das allein für das männliche Geschlecht, während der Arbeitsmarkt für weibliche Berionen eine Steigerung der Arbeitsnachsuchenden ohne gleichzeitige Zunahme der Stellenangebote aufzuweisen hatte. Für Berlin-Brandenburg und Westfalen wird eine ungünstigere Gestaltung des Arbeitsmarktes festgestellt. Im Rheinland ist dagegen die Zahl der Vermittlungen etwas gestiegen, insbesondere ist in der Landwirtschaft bei gleichbleibendem Angebot eine Zunahme der offenen Stellen und der Vermittlungen zu verzeichnen; das Webstoffgerbe zeigt im Rheinland ungünstigere Gestaltung. In Schleswig-Holstein ist die Lage des Arbeitsmarktes als nicht ungünstig zu bezeichnen; bei den größeren Arbeitsnachweisen ist eine günstige Gestaltung durch Vermehrung der Arbeitsgelegenheiten eingetreten. In Baden bewegte sich die Vermittlungstätigkeit der öffentlichen Arbeitsnachweise nach einem Abblauen im Dezember wieder in aufsteigender Linie.

Eigenartige Praktiken im Schuhwarenhandel. Die Unruhen der Verteuerung des Schuhwerks, über die in der deutschen Bevölkerung mit Recht lebhaft Klage geführt wird, beleuchtet grell ein Artikel im „Schuhmarkt“, dem Fachblatt deutscher Schuhwarenhändler und Reissenden, vom 27. Januar. Da wird ausgeführt, daß deutsche Schuhwaren vielfach an überreichliche Händler geliefert werden, weil diese „jeden geforderten Preis“ zahlen. Das bedingt natürlich auch eine Erhöhung der Preise der hier verbleibenden Erzeugnisse. Weiter heißt es dann:

„Unter diesen deutschen Schuhhändlern, die jetzt während des Kriegs ihre Fabrikate im Ausland anbieten, befinden sich leider große und renommierteste Firmen. Haben denn diese Herren gar kein Verlangen für die wirtschaftliche Bedienung des deutschen Volkes, dem sie durch ihr Vorgehen die an und für sich schon so schwereren Schuhe noch mehr verteuern? Sollen die Herren nichts davon wissen, daß sie in zahlreichen Städten Wechselaufsichtvereine lediglich zu dem Zweck gebildet haben, der armen Bevölkerung Schuhe zu verkaufen, die diese sonst wahrscheinlich gar nicht kaufen müßte, besonders die Kinder? Sind es nicht diese Herren, die uns formwährend entgehen, es fehle an Arbeitskräften und an Leder? Wie kommen diese Herren dazu, in dieser schweren Zeit ihre Waren zum Schaden des einen Volkes im Ausland anzubieten? Vielleicht werden sich die Herren dem zu erhaben fühlen, indem sie sagen, Lederrohmaterial sei ein verbandertes Land. Das ist aber durchaus kein Grund, um die Schuhe, die wir im eigenen Lande so nötig haben, nach dort hin zu verkaufen. Die Lederreicher werden sich schon selbst helfen, sie brauchen die Fürsorge der deutschen Schuhfabrikanten nicht. Die deutschen Schuhhändler aber sollten sich diejenigen Lieferanten, die in einer so unerfindlichen Weise ihre der Schuhhändler Interessen mit Rücken treten, genau merken!“

Wir haben diesen durchaus uttroffenden Remerkungen, die ein bezeichnendes Licht auf den „Patriotismus“ gewisser Kreise werfen, nichts hinzuzufügen.

Brotpretreide für Brennerien. Die amtliche Nachricht, daß die Regierung 45 000 Tonne Brotpretreide an Brennerien abzugeben habe, hat in der Bevölkerung umso größeres Befremden erregt, als die Regierung mit Recht immer und immer wieder vor der Verfütterung von Brotpretreide gewarnt hat. Man kann es nicht verstehen, daß unter solchen Umständen für Brennerien gerade ein immerhin erheblicher Teil Brotkorn verwendet werden soll. Deshalb hat der Kriegsaussschuß für Konsumumenteninteressen sich von wissenschaftlichen Autoritäten ein Gutachten ausarbeiten lassen, das folgendermaßen lautet:

„Morspiritus wird niemals für Beleuchtungswecke benützt, sondern lediglich zur Darstellung von alkoholischen Getränken verschiedener Art. Es ist richtig, daß die Schlempe, die früher ein Abfall war, seit einigen Jahren als Nebenprodukt bei der Brennerie von Getreide oder Kartoffeln gewonnen wird, ein ganz vorzügliches Kraftfutter. Speziell für Milchwirtschaft abgibt. Aber welche Nährwerte werden der menschlichen Nahrung entzogen, wenn man aus dem Getreide durch Brennen Schlempe zu gewinnen sucht? 100 Kilogramm Getreide liefern rund 30 Kilogramm Schlempe. Werden diese 30 Kilogramm Schlempe verfüttert, so gehen nochmals durch den Stoffwechsel des Tieres und an unverbäulichen Stoffen 30 Prozent verloren, und nur der Rest wird in Fleisch und Fett umgewandelt. Dies ist durch exakte Versuche des Landwirtschaftlichen Jahrbücher 1913 eindeutig festgestellt. Die Behauptung, daß die Freigabe des Getreides zum Spiritusbrennen der deutschen Landwirtschaft zugute kommt, ist nur in dem Sinne zu verstehen, daß sie die wirtschaftlich den Landwirten und den Brenneriebetreibern nützt. Wählt man

andererseits das Getreide bis 75 oder 80 Prozent aus, so gewinnt man einmal die sehr wertvolle Kleie als Viehfutter, das also auch Fleisch und Fett liefert, und zum anderen 75 Prozent Wehl für menschliche Nahrung, die uns aber durch Brennen verloren geht.“

Nach diesen Darlegungen hat es die Regierung offenbar verstanden, sich vorher mit Sachverständigen ins Einvernehmen zu setzen. Unter allen Umständen aber bedeutet das Entgegenkommen gegen die Brauntweibrennerien eine Verhinderung am Vaterlande, und eine Zurücknahme der getroffenen Maßregel muß schleunigst erfolgen. Denn es ist in der Wirkung natürlich vollständig gleichgültig, ob das Brotpretreide direkt verfüttert wird, oder ob es auf dem Umwege durch die Brennerien zur Verfütterung gelangt. Die Geschädigten sind auf jeden Fall die Konsumenten.

Kriegsbeschädigtenfürsorge des Bundes der technisch-industriellen Beamten. Der Bund der technisch-industriellen Beamten, der rund 25 000 Mitglieder aus den Kreisen der Industrietechniker (Ingenieure, Architekten, Chemiker, Techniker, Zeichner) umfaßt, hat neuerdings eine besondere Abteilung für Kriegsbeschädigtenfürsorge errichtet, die nicht nur seinen Mitgliedern, sondern allen Angehörigen des technischen Berufs unentgeltlich Rechts-, Renten- und Versicherungsanfragen, Berufsberatung und Stellenvermittlung gewährt. Kriegsbeschädigte Techniker oder örtliche Fürsorgestellen, die von diesen Einrichtungen Gebrauch machen wollen, schreiben an den Bund der technisch-industriellen Beamten, Abteilung für Kriegsbeschädigtenfürsorge, Berlin NW. 52, Berflstr. 7, oder wenden sich an eine der in allen Teilen des Reichs bestehenden 200 Ortsgruppen und Verwaltungsstellen des Bundes. Der Bund hat auch ein Merkblatt herausgegeben, das über die Beschäftigungsmöglichkeiten der Kriegsbeschädigten in den Hauptzweigen des technischen Berufs bei verschiedenen Arten und Graden der Verletzung eingehende Auskunft gibt. Amtliche oder private Stellen, die sich mit der Berufsberatung Kriegsbeschädigter befassen, können das Merkblatt kostenlos von der oben genannten Stelle beziehen.

Arbeitsaussschuß der Kriegswitwen- und -waisenfürsorge. Die unter Leitung von Vertretern der Reichs- und Staatsbehörden aus den führenden Friedens- und Kriegswaisenfürsorgeorganisationen und den großen Gemeindeverbänden (Städtetag usw.) unter dem Vorsitz des Herrn Bürgermeisters von Gollander (Mannheim) gebildete Hauptaussschuß der Kriegswitwen- und -waisenfürsorge hat den von ihm ernannten Arbeitsaussschuß in Berlin (Prenzlauerstr. 24-25; Prof. Dr. Franke) mit der Herausgabe von Schriften betraut. Diese sollen in zwangloser Folge die Aufgaben, Erfahrungen und Probleme der Hinterbliebenenfürsorge behandeln.

Die beiden ersten Hefte enthalten die auf der zweiten Tagung des Hauptaussschusses im November 1915 gehaltenen Referate. Das erste Heft, das demnächst erscheinen wird, behandelt die Frage „Krautenerwerb und Kriegswitwen“ und enthält im einzelnen folgende Aufsätze: Berufsberatung und Kriegshinterbliebenen. Von Josephine Levy-Matzenau. — Die Kriegswitwe in Fabrik, Handwerk und Hausgewerbe. Von Gewerbeinspektor Dr. Srup-Gleiwitz. — Kriegswitwe und Heimarbeit. Von Dr. Käthe Gabel-Berlin. Ein Anhang bringt Richtlinien zur Berufsberatung und zur Erwerbstätigkeit der Kriegswitwen, sowie einen Literaturnachweis.

Das zweite, ebenfalls in Kürze erscheinende Heft: „Aus der Praxis der Kriegshinterbliebenenfürsorge“ enthält Berichte und Erfahrungen der Hinterbliebenenfürsorge in Berlin, Hamburg, Worms, Charlottenburg, Schöneberg, Hannover, Wiesbaden und anderen Städten. Die dem Heft werden ein Verzeichnis der dem Arbeitsaussschuß bekannt gewordenen örtlichen Fürsorgestellen im Deutschen Reich sowie Richtlinien für die zentrale und örtliche Organisation beigegeben. Die Schriften erscheinen in Carl Schumanns Verlag, Berlin.

Der Kleinhandel nach dem Kriege. Wie die tägliche Beobachtung lehrt, hat der Kleinhandel durch den Krieg und die dadurch herbeigeführten wirtschaftlichen Veränderungen eine starke Einbuße erlitten. Nicht nur, daß der Staat und die Gemeinden Warenverteilungstellen eingerichtet haben, auch die Konsumvereine, Hausfrauenvereine und Kriegswaisenfürsorge haben sich mehr als jemals mit der Lebensmittelversorgung. Da wird denn den Kleinhändlern, die etwas weiter zu blicken ver-

